

Die Reform der Verwaltung ist unumgänglich

In den vergangenen Wochen trafen sich die CDU-Mitglieder des Kreisvorstandes, der Kreistagsfraktion, der Vereinigungen sowie die CDU-Bürgermeister wie in jedem Jahr zu ihrer zweitägigen Klausur. Themen waren das 20-jährige Jubiläum der CDU Mecklenburg-Vorpommern und die Geschichte der Ost-CDU sowie die anstehende Verwaltungsreform. Auch in den darauffolgenden Sitzungen des Kreisvorstandes und der Kreistagsfraktion stand das Thema Verwaltungsreform zum wiederholten Male im Mittelpunkt.

Fest steht, dass es aufgrund der Bevölkerungsentwicklung und der dramatischen Rückgänge von Bundes- und Länderzuweisungen keine Alternative zu einer Reform gibt. Die Auswirkungen des demografischen Wandels haben längst begonnen und sie werden für unsere Region härter sein als die jetzige Wirtschaftskrise: Bezogen auf 1990 werden im Jahr 2030 im heutigen Kreisgebiet rund 17.000 Einwohner weniger leben (- 23%)! Schon heute sind wir der einwohnerschwächste Landkreis Mecklenburg-Vorpommerns und es ist bittere Realität: es fehlen heute schon die Frauen, die die Geburtenverluste aufheben würden.

Mit dem dramatischen Einwohnerschwind ist ein ebenso dramatischer Einnahmeverlust von rund 2.400 Euro pro fehlendem Einwohner verbunden. Der Solidarpakt II – einst beschlossen um wirtschaftliche Nachteile der neuen Bundesländer auszugleichen – läuft 2020 aus. Dieses Jahr bekommt Mecklenburg-Vorpommern aus dem Solidarpakt noch 1 Mrd. Euro! Auch andere Zahlungen an unser Land, zum Beispiel aus dem Finanzausgleich unter den Bundesländern, werden pro Einwohner berechnet und sinken damit, je weniger Einwohner Mecklenburg-Vorpommern hat.

Als der Müritzkreis 1994 entstand, zahlten die Gemeinden und Städte unseres Landkreises einen Kreisumlagebetrag von 7,68 Mio. Euro. Im vergangenen Jahr war dieser Betrag auf 17,94 Mio. Euro angestiegen!

Unsere Landrätin hat gemeinsam mit den Mitgliedern des Kreistages in den vergangenen Jahren einen rigiden Sparkurs gefahren. In der vorhandenen Struktur (im jetzigen zu kleinen Landkreis) sind die Aufgaben mit noch weniger Personal kaum noch zu lösen. Wenn die Dörfer und Städte unseres Landkreises in der Zukunft aber noch mehr Kreisumlage zahlen müssen, bleibt ihnen kein Handlungsspielraum mehr. In den Dörfern und Städten aber sind die Menschen zu Hause, hier haben sie ihren Lebensmittelpunkt! Wenn für die Unterstützung, der Kinder, der Senioren oder der Vereine kein Geld mehr in der Gemeinde bleibt, werden gerade junge Leute die Region verlassen.

Schon heute gehören die Landkreise Mecklenburg-Strelitz und Müritz zu den dünn besiedeltesten Regionen Deutschlands (39 EW/km²).

Alle Finanzaufweisungen (die in den nächsten Jahren stark zurückgehen) aber erfolgen auf der Berechnungsgrundlage Einwohner, nicht Fläche. So liegen die Personalausgaben pro Einwohner in unserem Partnerkreis Schleswig-Flensburg bei 120 € / EW. In unserem Landkreis liegen die Personalausgaben pro Einwohner (EW) bei rund 240 €. Im Partnerlandkreis leben allerdings rund 200.000 EW.

Wir stehen also vor der Frage: Wie viel Verwaltung können wir uns künftig noch leisten?

Die Zahlen belegen: Unser Landkreis muss sparen. Aber auch das Land trägt Verantwortung und muss seinen Beitrag leisten. Im Zeitraum von 2004 bis 2012 wird es 10.000 Landesbedienstete weniger geben. Es ist aber auch CDU-Politik, dass wir z. B. bei den heute

noch rund 6.000 Polizisten im Land keine weiteren Einsparungen wollen, um die innere Sicherheit zu gewährleisten.

Wenn am dieser Ende der Reform rund 700 Mitarbeiter landesweit in den Kreisverwaltungen weniger arbeiten, werden die dann größeren Kreise rund 40 Mio. Euro pro Jahr einsparen. In der Verantwortung auch für unsere Kinder können und dürfen wir nicht weiter über unsere Verhältnisse leben. Zum Sparen an Verwaltung gibt es keine Alternative!

Im Gegensatz zur gescheiterten Reform mit fünf Landkreisen soll es künftig 8 kreiskommunale Gebietskörperschaften geben (6 Landkreise und 2 kreisfreie Städte). Bei der jetzigen Reform wurde ein Leitbild erstellt und die Betroffenen wieder und wieder angehört. Viele der Antworten waren für uns nicht angenehm. So gelang es nicht, die Plauer zu überzeugen, zu uns zu kommen. Auch die Mecklenburgische Schweiz (Region Teterow, Krakow) wollte, trotz aller Werbeversuche von Jürgen Seidel, Bettina Paetsch oder Wolf-Dieter Ringguth, nicht zu unserer Region stoßen. Bürgerbefragungen (z. B. in Plau) oder Beschlüsse von Stadt- und Gemeindevertretungen und Kreistagen sind zu respektieren.

Vor einem Jahr hatte der Kreistag Müritz auf Initiative der CDU-Kreistagsfraktion einstimmig beschlossen, dass wir der Gebietsreform zustimmen, aber die Kreisfreiheit der Stadt Neubrandenburg beibehalten wollten (Modell 6 + 3). Gemeinsam mit starken Verbündeten, wie dem Generalsekretär der CDU Vincent Kokert und dem Neubrandenburger Oberbürgermeister Dr. Paul Krüger hatte der Kreisvorsitzende der Müritz-CDU in Schwerin nichts unversucht gelassen, für dieses Modell 6 + 3 zu werben. Die Tatsache, dass Neubrandenburg jedoch bis 2030 fast die Hälfte seiner Einwohner bezogen auf 1990 verlieren und die Stadt Greifswald dann größer als die Stadt Neubrandenburg sein wird, sorgten in der Abwägung dafür, dass man sich mit diesem Versuch nicht durchsetzen konnte. Bei vielen Christdemokraten an der Müritz gibt es bei aller Akzeptanz der Notwendigkeit der Reform immer noch Bedenken gegen die Dominanz Neubrandenburgs im künftigen gemeinsamen Kreis.

Durch den Wunsch der Stadt Dargun, zu unserem Landkreis dazuzukommen, war eine erneute Stellungnahme unseres Landkreises vom Innenministerium gefordert worden. Die CDU-Kreistagsfraktion hat der ablehnenden Verwaltungsvorlage nicht zugestimmt, weil sie nach wie vor von der Notwendigkeit der Reform überzeugt ist.

Neu ist, dass christdemokratische Freunde aus Demmin und Umgebung uns angeschrieben haben, dass sie nach Beschlüssen von Stadt- und Gemeindevertretungen auch noch in unseren künftigen Landkreis kommen wollen.

Wir haben in der Müritzregion in den vergangenen Jahren viel erreicht. Wir müssen jetzt alles dafür tun, dass das Erreichte auch in einem künftigen Kreis Bestand haben wird. Eines muss uns bewusst sein: Die Verwaltungsreform ist ohne Alternative, sie muss kommen. Für die jetzt anstehenden Verhandlungen dürfen wir nicht am Katzentisch sitzen, sondern müssen auf Augenhöhe mit den anderen Partnern das einbringen, was unsere Region so einzigartig macht. Wer bewahren will, muss bereit sein, zu verändern!



Wolf-Dieter Ringguth
Kreisvorsitzender



Thomas Diener
Fraktionsvorsitzender